

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice

Sitzungstermin: Mittwoch, 24.06.2015
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:42 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende

Pohlmann, Marianne

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Bruns, Ludger
Davids, Walter
Mecklenburg, Rico
Stöhr, Friedrich

für Enno Scheffel

CDU-Fraktion

Ohling, Albert
Rosenboom, Benedikt

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Böckmann, Jürgen
Schild, Walter

für Jens Claaßen

FDP-Fraktion

Fooker, Ralf

Beratende Mitglieder

Lübber, Ernst

Freiwillige Feuerwehr

Verwaltungsvorstand

Docter, Andreas

Stadtbaurat

von der Verwaltung

Büusker, Wilhelm
de Boer, Stefan
de Vries, Gunnar
Wegbänder, Martin
Post, Hinrich
Schuster, Holger
Albers, Insa
Meyer-Spannhoff, Henry

Protokollführung

von der Pütten, Birgit

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 24.06.2015

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Pohlmann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie begrüßt besonders Herrn Schild, der für die ausgeschiedene Frau Baumfalk wieder in den Rat nachgerückt ist und wünscht eine gute Zusammenarbeit.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 04.03.2015

Beschluss: Das Protokoll Nr. 12 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice vom 04.03.2015 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde entfällt mangels Einwohnern.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Änderung des Straßenklassifizierungsplans
Vorlage: 16/1706

Herr Docter erklärt, dass die Stadt Emden als kreisfreie Stadt ein Straßensystem habe, welches aus überörtlichen, regionalen und lokalen Straßen besteht. Diese Straßen mussten in ein Klassifizierungssystem eingebracht werden um auch Förderungen erhalten zu können. Diese eigentlichen Kreisstraßen sind in Emden als Stadtstraßen klassifiziert. Dieser Plan wurde 2009 aufgelegt und muss aufgrund der vorangegangenen Ratsbeschlüsse um eine Straße ergänzt werden. Es geht um eine neue Spange im Bereich Conrebbersweg, die aufgrund der Vorhabenentwicklung des Wohngebietes und Stadtteils westliches Conrebbersweg, neu hinzugekommen sei. Damit verbunden ist die Antragstellung um Fördermittel aus GVFG-Mitteln beim Land Niedersachsen. Bedingung sei, dass die Straßen in diesem Straßenklassifizierungsplan als überörtliche / regionale Straßen aufgenommen sind. Hintergrund ist die Ergänzung des vorhandenen Klassifizierungsplanes um den Zweig beim Fruchteburger Weg, Ecke BBS I / II Richtung Autobahnanbindung auf die Kreisstraße Richtung Krummhörn. Mit diesem Plan entsteht kein Baurecht, kein Baugebiet, sondern das Verfahren dient der Antragstellung beim Land Niedersachsen.

Beschluss: Der geänderte Straßenklassifizierungsplan wird beschlossen.

Ergebnis: einstimmig

M I T T E I L U N G S V O R L A G E N

TOP 6 Katastrophenschutz – Vorstellung der BDEW Kaskade (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.) durch die Stadtwerke Emden
Vorlage: 16/1704

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt **Frau Pohlmann** von den Stadtwerken Emden die Herren Ackermann, Kielmann und Ehmen.

Anhand einer Power-Point-Präsentation stellt **Herr Ehmen** die Hintergründe und Umsetzung der BDEW-Kaskade bei den Stadtwerken Emden vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Häufigere, längere und flächendeckendere Stromausfälle seien auch in Deutschland gar nicht mehr so abwegig. Spätestens seit dem beschlossenen Atomausstieg bis 2022 und dem Ziel, den Anteil erneuerbarer, aber eben noch nicht verlässlich speicherbarer Energien bis 2050 auf 80 Prozent zu steigern, muss damit gerechnet werden, dass Erzeugung und Verbrauch - und damit die Stromnetze insgesamt - aus dem Gleichgewicht geraten könnten. Für diesen Fall hat der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) zusammen mit dem Verband kommunaler Unternehmen die BDEW-Kaskade ins Leben gerufen. Das gemeinsame Ziel dabei sei natürlich, einen flächendeckenden Stromausfall zu verhindern. Die oberste Ebene bilden dabei die vier Übertragungsnetzbetreiber in Deutschland: Tennet, Amprion, 50Hertz, Transnet BW. Sie müssen den überregionalen Stromtausch über ihre Leitungen störungsfrei gewährleisten und dafür sorgen, dass sich Erzeugung und Verbrauch zu jeder Zeit im Einklang befinden.

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 24.06.2015

den. Im Fall einer Störung fordern sie Unterstützung bei der Ebene darunter an, den Verteilnetzbetreibern. Diese können in ihrer Netzebene auf Einspeiser und Verbraucher zugreifen. Bezogen auf Emden könnte die Kaskade so weitergehen: Der für die Region zuständige Verteilnetzbetreiber Eon erhält von Tennet die Nachricht, dass ein Ausgleich im Netz nötig sei. Eon gibt den Befehl an EWE Netz, Leistung zu reduzieren. Reicht das nicht aus, gibt EWE Netz den Befehl an die Stadtwerke Emden, die Last zu reduzieren. Das kann bedeuten, Energie mit Notstromaggregaten zu erzeugen oder - wenn das nicht ausreicht - das Stromnetz für eine Weile abzuschalten. Damit darunter nicht ein einziger Stadtteil über Stunden allein leiden muss, sollen Teile des Netzgebietes im Bedarfsfall „rollierend“ für jeweils zwei Stunden vom Netz getrennt werden. Dennoch wären jeweils im Abschaltgebiet alle betroffen, vom Krankenhaus über die Altenheime und Industriebetriebe bis hin zu den Mobil- und Datennetzen. Soweit vorhanden, müsse dort jeweils die eigene Notstromtechnik greifen. Die möglichst frühzeitige Weitergabe entsprechender Informationen an die Stadt über eine Netzleitwarte ist daher Teil der Kaskade. Die Stadtwerke Emden und der FD 437 (Brand- Zivil- und Katastrophenschutz) haben bereits zusammengesessen, damit der Informationsfluss untereinander verbessert werden kann. Dieser Informationsfluss soll noch dieses Jahr geübt werden. Auch die große Kaskade sei bisher ein reiner Übungsfall gewesen. Aber man weiß, der Atomausstieg wird kommen und darauf muss man vorbereitet sein.

Frau Pohlmann bedankt sich bei Herrn Ehmen für den interessanten Vortrag.

Herr Bruns fragt an, ob die Möglichkeit bestehe, solche Warnungen auch über das KATWARN-System rausgeben zu können.

Herr Ehmen erklärt, dass im großen Bereich zwischen der Tennet, der E-on und der EWE das KATWARN-System bereits genutzt wird. Die Stadtwerke Emden sei zurzeit noch über einen anderen Kanal mit der EWE verbunden, so dass es hier über DKS, über E-Mail und Telefon läuft.

Herrn Schild würde es interessieren, in welchem Umfang die vorhandenen Notstromaggregate der Stadtwerke Emden arbeiten und wie gezielt diese eingesetzt werden können.

Von **Herrn Ehmen** wird erklärt, dass Notstromaggregate für einen mit elektrischen Pumpen betriebenen Trinkwasserspeicher, für den sicheren Betrieb der kompletten Stadtwerke und des Flughafens Emden vorhanden seien. Das Krankenhaus hat zu 100 % ebenfalls eine eigene Notstromversorgung.

Um einen gesamten Stadtteil versorgen zu können, reicht diese Energie aber nicht aus.

Es besteht ein Vertrag mit einer Tankstelle, die kurzfristig an Notstrom angeschlossen werden könnte, um weiterhin Benzin und Diesel auszugeben. Es gibt in Emden noch weitere Institutionen, wo alte Notstromanlagen evtl. wieder reaktiviert werden könnten.

Herr Kielmann merkt an, dass es bei der heutigen Vorstellung um das Thema Systemstabilität und nicht um Katastrophenfälle ginge.

Das sei immer dann, wenn Tennet irgendwelche Betriebsmittel überlastet habe, weil zu viel Produktion und wenig Abnahme vorhanden sei. Das Energie- oder Stromnetz kann nicht speichern. Beim Gasnetz kann der Druck mal erhöht und dann gespeichert werden und wenn dann viel Abnahme da sei, entspannt es sich wieder. Das Stromnetz an sich sei nicht in der Lage, Energie zu speichern. D. h. Abnahme und Produktion müssen immer im Gleichklang sein. Dieses wird durch die vielen volatierenden Energien für einen Übertragungsnetzbetreiber einfach immer schwieriger. Somit könnte es Situationen geben, wo eben dieses nicht im Einklang sei und dann irgendwelche Maßnahmen greifen müssten, um diesen wieder herzustellen. Was wir heute hier sehen, könnte im Grunde jeden Tag passieren, sei aber auch dann relativ schnell wieder behoben, wenn alles in der Kette funktioniert. Es geht nicht um großflächigen tagelan-

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 24.06.2015

gen Ausfall, sondern um vielleicht 2 bis 5 Stunden. Es würde dann so geschaltet werden, dass immer ein anderer Stadtteil angeschlossen und damit nicht jeder betroffen sei. Das öffentliche Leben soll möglichst aufrechterhalten werden.

Herr Schuster erläutert, da die Bevölkerung dann auch betroffen sei, müsse der Informationsfluss zur Leitstelle durch die Stadtwerke Emden erfolgen. Die Meldung zur Leitstelle bedeutet lediglich, dass die Stadt bzw. der Katastrophenschutz informiert sei. Eine Variante, den Bürger zu informieren sei z. B. KATWARN, das Bürgertelefon oder andere Medien. Diese würden dann greifen, wenn es sich um eine Abschaltung über mehrere Stunden handelt. Die Informationen an den Bürger würde dann auch über den Katastrophenschutz weitergegeben werden.

Herr Ohling fragt an, ob die Möglichkeit besteht, bei zu viel Strom-Einspeisung eine Förderung für Speichermöglichkeiten der Endverbraucher einzurichten.

Herr Docter ergänzt, dass dieses kein lokales, sondern ein sehr überörtliches Problem sei. Das Stromnetz sei etwas, was Schwankungen unterliegen und wo es Einschränkungen geben kann, die unerwartet eintreffen können. Es sei von Seiten der Stadtwerke auch sehr deutlich geworden, dass man planvoll an die Angelegenheit rangehen muss. Der Bürger, die Alten- und Pflegeheime müssen darauf vorbereitet werden. Deswegen sei die Weitergabe von Informationen, ohne Panik zu verbreiten, wichtig.

Herr Schild möchte gerne wissen, ob so etwas in der Vergangenheit bereits vorgekommen sei und aus besagten Gründen das Stromnetz schon mal abgestellt wurde. Die BDEW-Kaskade hat nach Auskunft von **Herrn Ehmen** bis heute in Deutschland noch nicht gegriffen.

Herr Docter weist darauf hin, dass es Informationsoffensiven zu diesem Thema gibt. Die Aufgabe der Netzbetreiber sei es nicht – leichtfertig – abzuschalten, sondern den Punkt zu vermeiden und nur im äußersten Notfall zu diesem Mittel zu greifen. Gleichwohl sei es ein Teil dieser Informationsoffensiven, die Verbände oder Polizei, Behörden oder Katastrophenschutzeinrichtungen darüber aufzuklären, dass so etwas eintreten könnte, es sich aber nicht sofort um eine Katastrophe handelt.

Frau Pohlmann verabschiedet die Vertreter der Stadtwerke Emden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 7 Abschlussbericht über die Einbürgerungskampagne
Vorlage: 16/1710

Anhand einer Power-Point-Präsentation stellt **Frau Albers** das Ergebnis der von November 2013 bis April 2015 geführten Einbürgerungskampagne vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Bamming fragt nach, ob die vielen polnischen Mitbürger bekannt und beim Einwohnermeldeamt gemeldet sind oder automatisch angeschrieben werden.

Wer sich dauerhaft in Emden aufhält, erklärt **Frau Albers**, muss sich auch selber bei den Behörden anmelden, dann würden sie automatisch registriert und auch angeschrieben werden.

Herr Rosenboom möchte wissen, ob es sich bei den angeschriebenen 945 Personen um die gesamten, gemeldeten ausländischen Mitbürger oder nur um einen Teil handelt.

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 24.06.2015

Frau Albers erklärt, dass es sich hier um alle gemeldeten Personen handelt, die bereits seit 8 Jahren in Emden leben und die vorgegebenen Voraussetzungen erfüllt haben.

Herr Docter erläutert die Vorlage von 2013 und teilt mit, dass zu diesem Zeitpunkt ca. 2600 lebende Ausländer in Emden gemeldet waren. Hiervon haben 945 Personen die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt. Dieses sei in mehreren Schritten bearbeitet worden, da die Einbürgerungskampagne neben der normalen Arbeit und ohne zusätzliches Personal abgewickelt wurde. Ein besonderer Dank gilt den Mitarbeitern aus dem Ausländerbereich, die dieses trotz derzeitigen sehr angespanntem Arbeitsverhältnis zusätzlich geleistet haben.

Herr Schild bedankt sich bei der Verwaltung, dass die Einbürgerungskampagne mit einem sehr positiv bewertenden Ergebnis abgewickelt, ermöglicht und den Menschen keine bürokratischen Hürden gestellt wurden. Das Ergebnis wird sehr begrüßt und man hofft, dass es im Rahmen der Möglichkeiten der Verwaltung weitergeführt wird.

Herr Docter erklärt, dass so eine Kampagne in regelmäßigen Abständen wiederholt und alle Personen, die die Voraussetzungen erfüllen bei der Einbürgerung unterstützt werden sollten.

Herr Böckmann regt an, hin und wieder in der Verwaltung durch Plakate oder Aushänge darauf aufmerksam zu machen, dass interessierte, ausländische Mitbürger diese Möglichkeit wahrnehmen sollten.

Mehr als die Mitbürger persönlich anzuschreiben, weist **Herr Wegbänder** drauf hin, kann seitens der Verwaltung nicht gemacht werden. Der ausländische Mitbürger muss den Willen und Wunsch haben, eingebürgert werden zu wollen. Es gibt durchaus Gründe, wo ausländische Mitbürger keine Einbürgerung in Erwägung ziehen.

Frau Pohlmann bedankt sich bei Frau Albers für den Vortrag.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 8 Sachstand E-Government und Bürgerservice im Bürgerbüro der Stadt Emden
Vorlage: 16/1725

Herr de Boer erläutert, dass die nunmehr zu präsentierenden Verbesserungen im Bereich des Bürgerservices Ausfluss dessen sei, was der Rat mit dem Budgetbuch 2015 und denen davor beschlossen habe. Ein Fachbereichsziel des Fachbereiches 400 laute „Entwicklung des Bereiches E-Government“. Für den Bereich Bürgerbüro und Standesamt sei dieses Fachbereichsziel auf die Fachdienstebene heruntergebrochen worden. Das Fachdienstziel im Budgetbuch 2015 laute daher: Verbesserung des Bürgerservices durch verstärkten Einsatz von entsprechenden Instrumenten. Es sei ein guter Zeitpunkt, dem Rat zum 30.06.2015 einen Zwischenstand zu geben.

Im Anschluss erläutert **Herr de Boer** den Sachstand zum Thema „E-Government im Bürgerbüro“ anhand einer Power-Point-Präsentation, die Bestandteil dieser Niederschrift wird.

Ziel sei es, den Bürgerservice zu verbessern. **Herr de Boer** betont, dass alle Dienstleistungen, die den Bürgerinnen und Bürgern jetzt Online angeboten würden, selbstverständlich auch weiterhin persönlich im Bürgerbüro erledigt werden könnten. Es sei nur ein weiterer Weg mit dem Bürgerbüro in Kontakt zu treten. Die Arbeitsschritte in der Sachbearbeitung, entfallen durch die-

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 24.06.2015

se Angebote nicht. Es sei ausschließlich so, dass der Bürger dem Bürgerbüro sein Anliegen online übermitteln könne. Die rechtliche Prüfung und abschließende Bearbeitung der Angelegenheit finde weiterhin in der Sachbearbeitung vor Ort im Bürgerbüro statt.

Ein wichtiger nächster Schritt, der auch kurzfristig umzusetzen sei, ist die Möglichkeit, dass Bürgerinnen und Bürger Termine mit dem Bürgerbüro vereinbaren. Man sei sehr gespannt, wie auf dieses Angebot reagiert werde.

Das Bürgerbüro der Stadt Emden habe mit 38,5 Std. wöchentlich im Vergleich zu anderen Kommunen sehr großzügige Öffnungszeiten. Die Firma PWC habe im Rahmen der Globalanalyse der Stadtverwaltung Emden im Jahre 2014 angeregt, die Öffnungszeiten im Bürgerbüro zu reduzieren, ggf. auch schrittweise. Es sei Ziel des Bürgerbüros, die Terminvereinbarungen einzuführen und im Anschluss einen Dialog zur moderaten Reduzierung der Öffnungszeiten (z. B. in schwach frequentierten Zeiten) aufzunehmen.

Herr Fooken erkundigt sich, was es mit einer möglichen Übermittlungssperre an die Wehrverwaltung auf sich habe.

Herr de Boer teilt mit, dass es sich um eine mögliche Datenübermittlung gem. § 58 des Soldatengesetzes handle, bei denen die Wehrverwaltung potentiellen Freiwilligen Informationen übersenden könne. Gegen diese Datenübermittlung könne Widerspruch eingelegt werden.

Er erläutere ferner, dass die Online-Angebote nach und nach erweitert werden. Sie seien ein zusätzliches Angebot für den Bürger. Er betone, dass alle Dienstleistungen auch weiterhin persönlich im Bürgerbüro in Anspruch genommen werden könnten. Vielfach sei der direkte Kontakt auch einfach unverzichtbar.

Frau Bamminger bedankt sich und zeigt sich sehr beeindruckt vom Vortrag. Sie befürchte allerdings, dass es durch die neuen Angebote zu Personalreduzierungen kommen könne.

Herr de Boer erläutere, dass diese Gefahr nicht bestehe. Die Sachbearbeitung im Bürgerbüro ändere sich durch die neuen Angebote nicht. Die Bürgerinnen und Bürger hätten lediglich die Möglichkeit, einen Antrag auf anderem Wege an die Behörde zu übermitteln. Dabei verbleibe die rechtliche Prüfung und abschließende Bearbeitung der Vorgänge bei den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern im Bürgerbüro.

Herr Rosenboom finde das Angebot sehr bürgerfreundlich. Er möchte wissen, ob die Reservierung der Wunschkennzeichen mit einer Frist verbunden sei.

Die Reservierungsfrist von Wunschkennzeichen liege bei 30 Tagen, so führt **Herr de Boer** aus.

Herr Fooken spreche ein großes Lob gegenüber dem Bürgerbüro aus, da er dieses von Anfang an als sehr bürgernah mit sehr freundlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wahrgenommen habe. Er fühle sich dort als Bürger gut aufgehoben und beraten. Der Bürgerservice werde jetzt noch ausgebaut und das Team des Fachdienstes Bürgerbüro und Standesamt Sorge dafür, dass dieses immer besser werde.

Herr Schild, Herr Böckmann, Herr Mecklenburg und **Herr Davids** stimmen Herrn Fooken zu und äußern die Hoffnung, dass die neuen Angebote von den Bürgerinnen und Bürgern gut angenommen werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 24.06.2015

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 9 Einrichtung einer 30er Zone im Steinweg; Antrag der CDU-Fraktion vom 04. März 2015
Vorlage: 16/1749

Herr Rosenboom teilt mit, dass seine Fraktion mit dem Vorschlag bzw. der Stellungnahme der Verwaltung zufrieden sei.

Herr Docter erläutert, damit die Radwege und Fußgängerüberwege im Steinweg aufrechterhalten werden können und die einmündenden Nebenstraßen weiterhin vorfahrtsachtend bleiben, dort Tempo 30 angebracht sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Rattenbefall auf dem ehemaligen Ultje-Gelände; Antrag der SPD-Fraktion vom 13.04.2015
Vorlage: 16/1731

Frau Bamminger ist mit der Stellungnahme der Verwaltung zufrieden, merkt aber an, dass grundsätzlich eine Lösung gegen die Ablagerung von Müll bei Glascontainer gefunden werden sollte.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Radfahrer auf der Wolthuser Straße; Antrag der CDU-Fraktion vom 14. Mai 2015
Vorlage: 16/1750

Herr Rosenboom ist mit der Aussage der Verwaltung einverstanden, dass bis zur Sanierung der Straße auf beiden Seiten mit dem Fahrrad gefahren werden kann.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Post teilt mit, dass im letzten Ausschuss von **Herrn Scheffel** noch eine Anfrage gestellt wurde bzgl. der Verkehrssituation im Conrebbersweg / Franekerweg. Seitens der Verkehrsbehörde wurde angeboten, sich näher mit der Situation zu befassen. Es wurde im Zeitraum vom 06.03. bis 23.06.2015 an insgesamt 57 Tagen und vier verschiedenen Standorten (2 Conrebbersweg / 2 Franekerweg) das Seitenmessradar dort angebracht. Die dort festgestellte V 85 (Geschwindigkeit die 85 % aller Verkehrsteilnehmer max. fahren) lag je nach Messstelle zwischen 38 und 45 km/h. Die Auswertung ergab des Weiteren, dass die durchschnittliche Geschwindigkeit aller Verkehrsteilnehmer zwischen 30 und 39 km/h lag. Ferner wurden bei den vom Stadtordnungsdienst (SOD) durchgeführten Geschwindigkeitsmessungen mit der mobilen Geschwindigkeitsüberwachungsanlage an 5 Tagen zu verschiedenen Tageszeiten insgesamt

Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 24.06.2015

30 Geschwindigkeitsverstöße festgestellt. Fazit sei, dass in diesem Bereich das festgestellte Geschwindigkeitsniveau nicht höher sei als in anderen 30er Zonen der Stadt Emden.

TOP 13 Anfragen

Herr Ohling fragt an, ob die Möglichkeit besteht, auf dem Marktplatz in Wolthusen einen Automaten mit Hundekot-Tüten aufzustellen.

Herr Docter erklärt, dass diese Automaten an ganz exponierten Stellen stehen würden. Die Automaten werden vom BEE aufgestellt. Das Problem bei solchen Automaten sei, dass sich Bürger dort für eine ganze Woche und länger eindecken und der BEE daher mit der Befüllung nicht nachkommt. Wenn jetzt in Wolthusen ein Automat aufgestellt wird, kommen andere Stadtteile hinzu und es nimmt dann unendlich Maß. Wer sich ein Tier anschafft, der sei sich bewusst, dass er für die Entsorgung der Exkremente zuständig sei. Insofern sieht man seitens der Stadtverwaltung davon ab, weitere Anlagen aufzustellen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.